

Gescheitert sind Pläne, die Malsfelder Post in ein Bürgerbüro zu integrieren. Dennoch können die Bürger ab Juni von den verlängerten Öffnungszeiten des Ordnungs- und Einwohnermeldeamtes profitieren.

(Foto: Lache-Elsen)



AGENTUR

Post nicht in Gemeinderegie

Gescheitert sind Gespräche zwischen Malsfelder Gemeindevorstand und der Post, deren Dienste in die Hände eines neuen Bürgerbüros unter Regie der Verwaltung zu geben. Jetzt sucht die Post Interessenten für eine Agentur.

MALSFELD ■ Den Paß verlängern und gleichzeitig das Päckchen an Tante Olga aufgeben – aus dieser zeitsparenden Dienstleistung unter einem Dach wird in Malsfeld nichts. Gespräche zwischen dem Gemeindevorstand und der Deutschen Post AG, deren Dienste künftig in einem neuen Bürgerbüro unter Regie der Verwaltung anzubieten, sind gescheitert. Ein Bürgerbüro soll's dennoch ab Juni geben. Das berichtete Bürgermeister Herbert Vaupel in der jüngsten Sitzung

dem Parlament.

Knackpunkt in den Verhandlungen war der Mietvertrag für die Räume im Rathaus, die derzeit von der Post genutzt werden. Für diese läuft der Vertrag noch bis Ende September 2004. Dafür müsste die Post AG 127 072 DM an die Gemeinde zahlen, wollte sich aber mit einer Ablösung von 52 000 DM aus der Affäre ziehen. „Nicht mit uns“, hatte Bürgermeister Herbert Vaupel auf diesen Vorschlag geantwortet und die Gespräche ergebnislos beendet.

Schade eigentlich, denn die Übernahme einer Postagentur durch die Gemeinde wäre nach seinen Worten machbar gewesen, „ohne daß dafür zusätzliches Personal einzustellen wäre“. Auch die Auskünfte, die er aus dem Waberner Rathaus einholte, hatten den Gemeindevorstand zuversichtlich gestimmt. Dort hat die Gemeinde die Postagentur übernommen – und es

kam sogar mehr Geld in die Kasse als vorher angenommen.

Vorteil dieser Lösung wäre gewesen, daß das neue Bürgerbüro zu ebener Erde in den Räumen der bisherigen Postfiliale hätte untergebracht werden können. Nun verhandelt die Post AG mit Geschäftsleuten in Malsfeld, die die Agentur in ihre Räume und in ihre Verantwortung nehmen könnten. Das Edeka-Geschäft im Ortszentrum und Getränkemärkte seien im Gespräch, so Vaupel.

Untermieter im Rathaus?

Ob es Interessenten für die noch von der Post genutzten Räume im Rathaus geben wird und diese dann quasi untervermieten kann, darüber hegte Vaupel Zweifel. Außerdem hätte die Gemeinde dafür ein Mitspracherecht.

Die Pläne fürs Bürgerbüro sollen trotz der gescheiterten

Verhandlungen nicht zu den Akten gelegt werden. Dienste des Ordnungs- und Einwohnermeldeamtes sollen die Malsfelder zu verlängerten Öffnungszeiten bereits mit Beginn des Juni an Anspruch nehmen können. Von 8 bis 17 Uhr und das sogar auch am Freitag sollen die Pforten geöffnet sein. Das könnte ohne zusätzliche Stellen von den Mitarbeitern geleistet werden, sagte Vaupel.

Er will eine Betriebsvereinbarung mit dem Personalrat über neue Arbeitszeiten der Verwaltungsmitarbeiter treffen. Danach sollen diese im Sommer ab 7.20 Uhr beginnen und ab 15.30 Uhr ihre Arbeit beenden können, wenn sie dafür freitags länger als bisher arbeiten. In Anlehnung an den langen Tag des Einzelhandels sollten die verlängerten Öffnungszeiten im Rathaus künftig statt mittwochs nun donnerstags gelten.

(l)